

NIEDERSCHRIFT

Körperschaft:	Gemeinde Bad Zwischenahn		
Gremium	Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Tourismus		
Sitzung am:	Montag, 17.09.2012		
Sitzungsort:	Haus Brandstätter, Kuppelsaal, Am Brink 5		
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr	Sitzungsende:	19:45 Uhr

TEILNEHMERVERZEICHNIS

Sitzungsteilnehmer:

Ausschussvorsitzender

Herr Dr. Frank Martin CDU

Ausschussmitglieder

Herr Diethard Dehnert	UWG	
Herr Detlef Dierks	SPD	für AM Ohlert
Herr Jochen Finke	CDU	
Herr Ralf Haake	CDU	
Herr Georg Köster	GRÜNE	ab TOP 4, 17:50 Uhr
Herr Wolfgang Mickelat	SPD	
Herr Dr. Peter Wengelowski	SPD	
Herr Dr. Horst-Herbert Witt	FDP	

Verwaltung

Herr Dr. Arno Schilling	
Herr Rolf Oeljeschläger	
Herr Martin Wichelmann	bis TOP 12, 19:25 Uhr
Frau Helga Buß	zugleich Protokollführerin

weitere hinzugezogene Person

Herr Peter Schulze	bis TOP 12, 19:25 Uhr
--------------------	-----------------------

Tagesordnung:

Seite:

Öffentlicher Teil

1.	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung	3
2.	Genehmigung der Niederschrift vom 11.06.2012 (Protokoll Nr. 32)	3
3.	Bericht der Verwaltung	3
3.1.	Bad Zwischenahner Woche 2012	3
3.2.	"Das größte Osternest der Welt"	4
3.3.	Bericht zum Stand der Haushaltsführung zum 31.08.2012	4
3.4.	Haushalt 2013	5
3.5.	Bericht Nr. 02/2012 über die Umsetzung der Richtlinie über die Aufnahme und Umschuldung von Kommunaldarlehen der Gemeinde Bad Zwischenahn	5
3.6.	Bericht über über- und außerplanmäßige Ausgaben	6
3.7.	Eröffnungsbilanz	7
3.8.	Entschuldungsvertrag Land Niedersachsen	7
3.9.	Tourismusstrategie Bad Zwischenahn 2013 ff	7
4.	Finanzstatusprüfung der Gemeinde durch den Landesrechnungshof für die Jahre 2008 bis 2010 Vorlage: BV/2012/126	8
5.	Anfragen und Hinweise	9
6.	Einwohnerfragestunde	9

Nicht öffentlicher Teil

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

AV Dr. Martin eröffnet die Sitzung.

Es werden einstimmig festgestellt:

- a) die rechtzeitige Übersendung der Tagesordnung,
- b) die Beschlussfähigkeit,
- c) die Tagesordnung, wie sie zu Beginn der Niederschrift aufgeführt ist.

2 Genehmigung der Niederschrift vom 11.06.2012 (Protokoll Nr. 32)

Die Niederschrift über die Sitzung des WuFT vom 11.06.2012 (Protokoll Nr. 32) wird einstimmig genehmigt.

- 10 -

3 Bericht der Verwaltung

3.1 Bad Zwischenahner Woche 2012

Die 37. Bad Zwischenahner Woche fand in diesem Jahr vom 15. bis 19. August statt. Insgesamt gesehen konnten die Organisatoren vom Verein Bad Zwischenahner Woche einen positiven Verlauf verzeichnen. Dank der starken Polizeipräsenz auf dem Veranstaltungsgelände und im gesamten Ortskern kam es zu keinen nennenswerten Vorkommnissen. Außerdem ist in diesem Zusammenhang zu erwähnen, dass sich die „mobile Wache“ hinter dem Rathaus sehr bewährt hat. Ebenfalls bewährt hat sich die festgesetzte Sperrzeitenregelung.

Auch 2012 war die Gemeinde mit dem Amt für Wirtschaftsförderung und Liegenschaften wieder mehrfach organisatorisch in die Bad Zwischenahner Woche eingebunden. Neben einer Beteiligung an der Planung und Organisation der Radwerbefahrt in Richtung Wesermarsch fand am Eröffnungstag traditionell wieder der Bürgermeisterempfang im Alten Kurhaus statt.

Außerdem empfing der Bürgermeister nach dem NWZ-Interview im Spiegelsaal des Alten Kurhauses den niedersächsischen Ministerpräsidenten, Herrn David McAllister.

- 23/80 -

3.2 "Das größte Osternest der Welt"

Die BTG plant über die Osterfeiertage die Durchführung einer Großveranstaltung „Größtes Osternest der Welt - Bad Zwischenahn 2013“ mit vielen kulturellen und musikalischen Schwerpunkten. Die Veranstaltung soll im Kurpark an der Wandelhalle stattfinden.

Es ist vorgesehen, dass die Organisation und der Ablauf durch einen „Arbeitskreis Oster-

nest“ initiiert werden sollen. Konkrete Planungsergebnisse liegen zum jetzigen Zeitpunkt jedoch noch nicht vor.

- 23/80 -

3.3 Bericht zum Stand der Haushaltsführung zum 31.08.2012

In dem in der Sitzung vorgestellten Bericht sind die wichtigsten Haushaltspositionen mit ihrem Stand zum 31.08. dargestellt. Soweit möglich, wurde eine Prognose zum Jahresergebnis getroffen.

Erträge

Gewerbsteuer

Die Gewerbesteuereinnahmen haben sich in diesem Jahr bisher sehr erfreulich entwickelt. Nach gegenwärtigem Stand hoffen wir, bis zum Jahresende Erträge über rd. 9 Mio. € zu erzielen. In dem anhängigen Verfahren gegen eine Gewerbesteuerfestsetzung des vergangenen Jahres über rd. 1,5 Mio. € (zzgl. 300.000 € Zinsen) ist in diesem Jahr keine Entscheidung zu erwarten, dieses Risiko verschiebt sich zeitlich in das nächste Jahr.

Einkommensteuer

Die Einnahmen aus der Einkommensteuer werden quartalsweise abgerechnet. Wir erhalten unseren Anteil zum 01.05., 01.08., 01.11. und 20.12. (Vorauszahlung auf das IV. Quartal mit Abrechnung zum 01.02. des Folgejahres) eines Jahres. Die ersten beiden Raten dieses Jahres sind ungewöhnlich gut ausgefallen. Wenn das dritte und vierte Quartal ebenso gut ausfallen, sind noch weitere Mehreinnahmen möglich.

Aufwendungen

Bei den meisten Aufwandspositionen lassen sich Prognosen zum Jahresergebnis der Ergebnisrechnung nur schwer treffen, da die Ergebnisse in hohem Maße von Endabrechnungen im Folgejahr abhängig sind. Insgesamt lässt sich aber feststellen, dass keine größeren Mehrausgaben zu verzeichnen sind und daher das Jahresergebnis bei den Aufwendungen niedriger als die Haushaltsansätze ausfallen dürfte.

Investitionstätigkeit

Die im Haushalt veranschlagten Einzahlungen werden realisiert, größere Mehr- oder Mindereinnahmen sind derzeit nicht zu erwarten. Bei den Auszahlungen wird es wie in jedem Jahr Verschiebungen von Mitteln in das Folgejahr geben, die veranschlagten Maßnahmen werden aber durchgeführt.

Veränderungen zum Ursprungshaushalt

Gegenwärtig ist zu erwarten, dass sich der Überschuss des Ergebnishaushaltes von 10.100 € auf rund 2 Mio. € erhöhen wird. Der Saldo aus lfd. Einzahlungen und Auszahlungen im Finanzhaushalt dürfte sich ebenfalls um rund 2 Mio. € auf dann 3 Mio. € erhöhen. Dies führt dazu, dass die Tilgung (1,6 Mio. €) aus diesen Mitteln komplett bestritten werden kann und darüber hinaus 1,4 Mio. € zur Investitionsfinanzierung zur Verfügung stehen. Hierdurch sinkt der Bedarf an Kommunaldarlehen. Gegenwärtig gehen wir davon aus, dass

in diesem Jahr lediglich die Kredite aus der Kreisschulbaukasse (Ansatz 420.000 €) und das KfW-Darlehen für die Straßenbeleuchtung (rd. 180.000 €) in Anspruch genommen werden, die restliche Kreditermächtigung wird dann in das nächste Jahr übertragen zur Finanzierung der Haushaltsausgabereste.

Eine Notwendigkeit zum Erlass einer zweiten Nachtragshaushaltssatzung besteht nicht.

Auf Anfrage des AM Dr. Wengelowski antwortet BM Dr. Schilling, dass die Verwaltung nach den Vorgaben aus dem Haushaltsplan arbeite, den der Rat beschlossen habe. Eine außerordentliche Tilgung auf Grund des positiven Saldos aus dem Finanzhaushalt ist nicht geplant, da die Liquidität dies noch nicht zulasse.

AM Mickelat stellt den **Antrag**, dass ein Bericht zum Stand der Haushaltsführung als TOP auf jede WuFT-Einladung aufgenommen wird. Nur wenn die Informationen den Ratsmitglieder frühzeitig vorliegen, können sie noch in den Fraktionen beraten werden.

Beschluss:

Aufgrund des Antrages von AM Mickelat beschließt der WuFT, dass der TOP „Bericht zum Stand der Haushaltsführung“ in alle künftigen WuFT-Einladungen aufgenommen werden soll.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 20 -

3.4 Haushalt 2013

Der Haushalt 2013 soll am 15. Oktober in den WuFT eingebracht werden. Nach den anschließenden Fachausschussberatungen soll er über den WuFT 03.12. und VA 11.12. im Rat am 18.12. beschlossen werden.

- 20 -

3.5 Bericht Nr. 02/2012 über die Umsetzung der Richtlinie über die Aufnahme und Umschuldung von Kommunaldarlehen der Gemeinde Bad Zwischenahn

Für die Aufnahme und Umschuldung von Krediten ist der Bürgermeister zuständig. Der Rat gibt aber gemäß § 58 Abs. 1 Nr.15 NKomVG über eine Richtlinie den Rahmen vor. Eine entsprechende Richtlinie hat der Gemeinderat am 28.03.2006 beschlossen, dem WuFT ist in jeder Sitzung über die Ausführung der Richtlinie zu berichten.

Kommunalkredite

Kreisschulbaukasse

Aus der Kreisschulbaukasse haben wir in diesem Jahr noch keine Darlehen erhalten.

Kreditmarkt

Neuaufnahmen

Auf dem Kreditmarkt wurden bisher keine Darlehen aufgenommen.

Zinsanpassungen/Umschuldungen

Am 29.06. stand ein Darlehen mit einem Restkapital von 1.499.128,82 € auf ein Ursprungsdarlehen von 2.556.459,41 € zur Zinsanpassung an. Die Konditionen vor Anpassung bei der NRW Bank betragen 4,64 % Zinsen bei 2 % Tilgung. Wir haben das Darlehen für die Restlaufzeit von 12 Jahren zu einem Zinssatz von 2,165 % bei 3,5 % Tilgung auf das Ursprungsdarlehen zur Bremer Landesbank umgeschuldet.

Am 30.10. steht ein weiteres Darlehen mit einer Restschuld von 928.023,69 € auf ursprünglich 1.278.229,70 € zur Zinsanpassung an. Gläubiger ist die Dexia Kommunalbank, der Zinssatz beträgt derzeit 3,076 % bei 2 % Tilgung.

Schuldenstand

Da wir bis zum 31.08. bereits Darlehenstilgungen in Höhe von 1,15 Mio. € vorgenommen und noch keine neuen Darlehen aufgenommen haben, ist der Stand der Kommunaldarlehen auf unter 30 Mio. € (rd. 29,6 Mio. €) gesunken.

Auf Anfrage des AV Dr. Martin teilt AL Wichelmann mit, dass Darlehen jeweils zu einem festen Zinssatz aufgenommen werden.

- 20 -

3.6 Bericht über über- und außerplanmäßige Ausgaben

In der neuen Hauptsatzung ist geregelt, dass der Bürgermeister für über- und außerplanmäßige Ausgaben bis zur Höhe von 10.000 € zuständig ist. Bisher lagen die Wertgrenzen bei 5.000 € für überplanmäßige und 2.500 € für außerplanmäßige Ausgaben. Künftig soll über die über- und außerplanmäßigen Ausgaben berichtet werden, die in die Zuständigkeit des Bürgermeisters fallen, aber die früheren Wertgrenzen überschreiten. Wir werden in jeder WuFT-Sitzung hierzu berichten.

Für die Lieferung und Montage einer Schwimmbadabdeckung beim Badepark wurde am 09.08. eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 6.200 € bewilligt. Während der Haushaltsplanberatungen zum Haushalt 2012 haben Kostenanfragen bei verschiedenen Firmen einen Ansatz von 14.300 € ergeben. Tatsächlich sind jedoch Auszahlungen in Höhe von rund 20.500 € notwendig. Der Differenzbetrag musste überplanmäßig bereitgestellt werden. Zur Deckung stehen Minderausgaben für die Attraktivierung des Stadions in entsprechender Höhe zur Verfügung.

- 20 -

3.7 Eröffnungsbilanz

Die Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt ist weitestgehend abgeschlossen. Zur WuFT-Sitzung am 03.12.2012 soll die Bilanz zur Beratung vorgelegt werden.

- 20 -

3.8 Entschuldungsvertrag Land Niedersachsen

Im Jahr 2009 wurde der sogenannte Zukunftsvertrag zwischen dem Land Niedersachsen und den kommunalen Spitzenverbänden geschlossen. In dem Vertrag ist u. a. geregelt, dass Kommunen, die aufgrund besonderer struktureller Probleme trotz erheblicher Konsolidierungsbemühungen nicht in der Lage sind, einen Haushaltsausgleich herbeizuführen, einen Entschuldungsvertrag mit dem Land schließen können. Das Land stellt diese Kommunen vom Schuldendienst für bis zu 75 % der aufgelaufenen Liquiditätskredite frei.

Eine Entschuldungsmöglichkeit für unsere Gemeinde besteht also nicht, da wir weder unausgeglichene Haushalte noch Liquiditätskredite haben (für Kommunalkredite gilt die Regelung nicht). Seit diesem Jahr zahlen wir aber in einen Fond zur Finanzierung der Entschuldungsvereinbarungen ein. Für das Jahr 2012 beträgt unser Beitrag (Entschuldungsumlage) 55.904 €.

Auf Anfrage des AM Mickelat erklärt AL Wichelmann, dass die Einzahlung des Betrages in die Entschuldungsumlage sich aus einer gesetzlichen Verpflichtung des Landes Niedersachsen ergebe. Bezüglich des sogenannten Zukunftsvertrages habe die Gemeinde Bad Zwischenahn keine Anfrage vom Land Niedersachsen erhalten, Bad Zwischenahn erfülle jedoch auch nicht die Kriterien für den Abschluss eines Entschuldungsvertrages.

- 20 -

3.9 Tourismusstrategie Bad Zwischenahn 2013 ff

Das Strategiepapier der Bad Zwischenahner Touristik GmbH ist den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis gegeben worden.

FBL Oeljeschläger erinnert, dass der WuFT in seiner letzten Sitzung um die Vorlage dieses Berichtes gebeten habe, der Bericht könne nun in den Fraktionen beraten und bei Bedarf erneut im WuFT diskutiert werden.

KD Schulze informiert kurz über die an dem Programm beteiligten Partner. Auch die Politik sei umfassend involviert, das Konzept breit getragen worden. Er bittet dies bei den Beratungen in den Fraktionen zu berücksichtigen.

- 20, 23/80 -

4 Finanzstatusprüfung der Gemeinde durch den Landesrechnungshof für die Jahre 2008 bis 2010
Vorlage: BV/2012/126

Eine Stellungnahme zu den einzelnen Prüfpunkten ist den Mitgliedern des Rates übersandt worden. FBL Oeljeschläger erläutert die Vorlage. Ergänzend zur Beschlussvorlage erläutert er, dass der Landesrechnungshof diese überörtliche Finanzstatusprüfung bei allen Ammerlandkommunen vorgenommen habe, auch mit den gleichen Ergebnissen bei der formalen Umsetzung. Dies sei auch nicht verwunderlich, da die Umstellung des Rechnungswesens zeitgleich 2009 erfolgte und einen mehrjährigen Prozess beinhalte, der innerhalb der Verwaltung ein komplett verändertes Buchungssystem vorsehe. Nach der Eröffnungsbilanz sollen die Jahresabschlüsse erfolgen und dann auch das Controlling und Berichtswesen implementiert werden.

Darüber hinaus treffe der Bericht auch inhaltliche Aussagen zur finanziellen Situation. Es werde der Gemeinde eine tragfähige wirtschaftliche Grundlage bescheinigt. Insofern würden neben den formalen Verstößen keine inhaltlichen Verstöße in den Prüfungsbemerkungen festgestellt.

AV Dr. Martin und AM Finke sind der Meinung, dass der Prüfbericht schlecht ausgefallen sei. Neben handwerklichen Fehlern habe die Verwaltung gegen gesetzliche Vorschriften verstoßen. Dies müsste umgehend abgestellt werden. Unverständlich sei auch, warum die Verwaltung auf eine Stellungnahme verzichtet habe. Einzig positiv sei, dass die Personalkosten sowie die Hebesätze unter dem Landesdurchschnitt liegen.

FBL Oeljeschläger entgegnet, dass keine Kommune in Niedersachsen innerhalb der gesetzlichen Frist die Eröffnungsbilanz und die Jahresabschlüsse erstellt habe, ein formaler Rechtsverstoß somit bei allen vorliege. Im Rahmen der Umstellung auf die Doppik sei es unmöglich, diese Vorgaben einzuhalten. Dies sei dem Land bekannt, was nicht verhindert, dass rechtlich das Gesetz nicht eingehalten wurde.

Weitere Steuerungsinstrumente wie die KLR, Controlling, Berichtswesen usw. könne man erst nach und nach einsetzen und aufbauen, wenn die Grundlagen vorhanden sind. Beschlusslage ist, dass die Umstellung auf die Doppik mit dem vorhandenen Personal erfolgen soll. Sie kann daher nur Schritt für Schritt erfolgen.

AM Dehnert berichtet, dass die UWG die finanzielle Situation der Gemeinde Bad Zwischenahn der Jahre 2008 - 2012 insgesamt betrachtet habe. Das Haushaltssicherungskonzept sei inzwischen „ausgelaufen“, beinhalte jedoch nach wie vor wichtige Details, die durchaus noch Beachtung finden sollten. Ferner sei die Einarbeitung von KGSt-Vergleichswerten hilfreich für die Arbeit der Ratsmitglieder.

AM Dr. Witt hält es für wichtig, dass die aufgezeigten Mängel schnellstmöglich behoben und den Empfehlungen des Prüfers gefolgt wird. Es sei wichtig, nun eine strategische Zielsetzung deutlich zu machen und zwar die Sicherstellung der Leistungsfähigkeit der Gemeinde im operativen Geschäft, die Nutzung der Stärken der Gemeinde mit dem mittelfristigen Ziel der nachhaltigen Stärkung der Einnahmeseite, die Einwerbung privater Mittel durch Ansprache der Bürger für bislang von der Gemeinde wahrgenommene und neue andere zieldienende Aufgaben sowie Abbau des Schuldenstandes durch konsequente Rückführung von Überschüssen und Straffung der Aufgaben sowie grundsätzliche Vermeidung von Subventionen aller Art.

Auf Anfrage des AM Mickelat antwortet AL Wichelmann, dass die Buchung der Rückstellungen für Pensionsaufwendungen (Seite 12 des Prüfberichtes) kaum Auswirkungen auf den gemeindlichen Haushalt haben und das Ergebnis nicht deutlich verbessern. Die „Über-

schüsse“ bei dem Produkt Tourismus seien keine tatsächlichen Überschüsse, denn bei anderen Produkten wie zum Beispiel Baubetriebshof, Kurpark usw. stünden den Überschüssen entsprechende Ausgaben gegenüber.

Die auf Seite 14 angesprochenen noch nicht vom Baubetriebshof abgerechneten Leistungen aus 2011 sind inzwischen abgerechnet.

BM Dr. Schilling warnt vor der Verwendung sogenannter Vergleichszahlen. Jede Gemeinde sei anders strukturiert. Um die Zahlen wirklich vergleichbar zu machen, sei ein erheblicher Aufwand erforderlich.

AV Dr. Martin bittet um die Vorlage einer Terminplanung für die Erstellung der Eröffnungsbilanz und der noch ausstehenden Jahresabschlüsse.

FBL Oeljeschläger weist darauf hin, dass eine entsprechende Terminplanung momentan in Abstimmung mit den anderen Gemeinden auf Landkreisebene beraten werde. Diese werde dem WuFT anschließend vorgelegt.

AM Dr. Wengelowski sieht Bedarf in einer Zieldiskussion. Hierbei dürfe man nicht nur die freiwilligen Leistungen betrachten, sondern auch Pflichtaufgaben durchleuchten. Eventuell könne hier Prävention betrieben werden, um Ausgaben an anderer Stelle zu vermeiden. AM Köster stimmt dem zu.

BM Dr. Schilling weist darauf hin, dass man auch ohne Doppik Ziele diskutieren könne, so habe das der Rat bisher auch stets gehalten. Er erinnert hier an das Ziel Krippenausbau.

Der Bericht des Landesrechnungshofes über die Finanzstatusprüfung der Gemeinde wird zur Kenntnis genommen.

5 Anfragen und Hinweise

Keine.

6 Einwohnerfragestunde

Keine.

Nicht öffentlicher Teil

AV Dr. Martin schließt die Sitzung.

Dr. Martin
Ausschussvorsitzender

Oeljeschläger
Fachbereichsleiter

Buß
Protokollführerin

